

II-1072 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 575/J

1984-03-08

A N F R A G E

der Abgeordneten PISCHL, Dr. KEIMEL, Dr. LEITNER, Dr. KHOL
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend verschiedene Aussagen des Präsidenten der
Finanzlandesdirektion für Tirol.

In den letzten Wochen und Monaten gab es verschiedene Aussagen des
Präsidenten der Finanzlandesdirektion für Tirol, der
auch Innsbrucker Stadtrat ist, zur Frage Dienstwagen
und freiwillige Kürzung seines Bezuges, welche nach-
stehend in abgelichteter Form vorgelegt werden.

**Mercedes verkauft -
mit dem Rad ins Amt**

-2-

Wie kommen eigentlich die gewaltigen Kilometerzahlen der Politikerautos zustande?

Zu einem Treffen in der Partnerschaftsstadt Freiburg fuhr Innsbrucks Bürgermeister Romuald Niescher zwar mit den Gemeinderäten im Omnibus, ließ aber dann seinen Dienstwagen nachkommen, um zu einem wichtigen Termin wieder in Innsbruck zu sein.

Wäre es hier nicht möglich und sinnvoll gewesen, abzuwägen, welcher Termin wichtiger ist? So erklärt sich warum die jährliche Kilometerzahl auf dem Tacho des Autos dieses Kommunalpolitikers höher ist als bei einem tüchtigen Handelsreisenden, der in ganz Österreich unterwegs sein muß.

Und das ist nur ein Beispiel ...

Den einzigen Mercedes der Direktion verkauft

„Berühmt“ wurde Josef Rettenmoser, Präsident der Finanzlandesdirektion für Tirol, als er bei seinem Dienstantritt vor eineinhalb Jahren den einzigen Mercedes im Fuhrpark seiner Direktion versteigern ließ und ab sofort mit dem Fahrrad zur Arbeit fuhr.

Auch die Gerüchte, die in politischen Kreisen kolportiert werden, der Chef von 2000 Bediensteten, die jährlich über 18 Milliarden Schilling einheben, habe sich nach den Innsbrucker Gemeinderatswahlen im September 1983 doch einen Dienstwagen gekauft, gehen ins Leere. SPO-Stadtrat Josef Rettenmoser hält nach wie vor nichts davon, taglich mit dem Dienstauto abgeholt zu werden.

„Weil ich bemerkt bin, einmal jährlich unsere 26 Zollämter, acht Finanzämter und 32 Zollwacheabteilungen zu besuchen, bin ich natürlich viel unterwegs“, erzählt er dem TIROL-KURIER. „Dann benutze ich den Golf, Audi 80 oder VW-Variant, die auch jedem anderen Bediensteten für seine Dienstreisen zur Verfügung stehen.“

Der Finanzpräsident als Büroboote

Meist nimmt der Präsident, wissen seine Beamten, auch die notwendigen Unterlagen und Gegenstände der normalen Versorgung der Außendienststellen auf seine Reisen mit. Der Präsident als Büroboote.

Es sei vernünftig, meint Rettenmoser, die Errungenschaften der modernen Technik, also das Auto ebenso wie Fernschreiber und Telefon, im Dienst voll zu nutzen. „Persönlich bin ich aber für Sparsamkeit, weshalb ich die bei unbehinderte Benutzung normaler Wagen durch alle für richtig halte“, meint Rettenmoser und versichert, die Finanzlandesdirektion wird „dabei bleiben“. Demnach ist aus Überalterungsgründen der Kauf eines Dienstfahrzeuges notwendig. Es wird wieder „das ist keine Frage“, ein einfaches Auto, wahrscheinlich ein VW Variant sein.



Mit dem Rad ins Amt. Josef Rettenmoser, Finanzpräsident und Stadtrat ...

KURIER-Ausgabe Tirol vom 27.01.1984

"Innsbruck aktuell" -
Wochenbeilage für den
Raum Innsbruck-Hall

Nr. 47 vom 22. 11.1983

**FÜR EINE
KÜRZUNG
DES GEHALTS**

INNSBRUCK. Was andere Beamte vermutlich bald treffen wird, hat StR Dr. Josef Rettenmoser dieser Tage freiwillig beantragt:

In einem Schreiben ans Finanzministerium teilt er mit, daß er für jene Zeit, für die ihm eine Dienstbefreiung zugestanden worden ist, auch kein Gehalt will. Ihm wurde als Finanzpräsident eine Dienstbefreiung von 20 Prozent der regelmäßigen Wochenlohnzeit gewährt, und in diesem Ausmaß verzichtet er „aus freien Stücken ab 13. Oktober“ auf die „Auszahlung von 20 Prozent meines Aktivgehältes einschließlich aller Zulagen“. Auch was die Pension anbetrifft, zieht er diese Konsequenz. - Ein Beispiel, das für manchen Politiker nachahmenswert wäre!

Ohne die propagandistische Selbstvermarktung des sozialistischen Stadtrates von Innsbruck schmälern zu wollen, ergeben sich aber einige Ungereimtheiten und deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E:

-3-

1. Stimmt es, daß der Präsident der Finanzlandesdirektion für Tirol den Dienstmercedes nicht verkauft hat, um dem Staat sparen zu helfen, sondern verkaufen hat müssen, weil dieser Wagen praktisch durchgerostet war (Verkaufserlös S 12.000,--)?
2. Stimmt es, daß der Präsident der Finanzlandesdirektion für Tirol auf ein Dienstauto für Fahrten zwischen Wohnung und Amt nicht verzichten konnte, weil ihm ein solches nach den Richtlinien des Bundeskanzleramtes nicht mehr zusteht, da der Dienstposten nach der Trennung Tirol - Vorarlberg der Dienstklasse VIII bewertet wurde? Dienstautos stehen nur Beamten der Dienstklasse IX zu.
3. Stimmt es, daß der Präsident der Finanzlandesdirektion für Tirol um eine 20 %ige Kürzung seines Bezuges im Herbst 1983 angesucht hat und in welcher Art und Weise hat der Herr Bundesminister für Finanzen bzw. sein Ressort auf dieses Ansuchen um Bezugskürzung reagiert?
4. Wird für Mitglieder eines Stadtsenates einer Statutarstadt, insofern sie mit einer Amtsführung betraut sind, eine ähnliche steuerliche Regelung erwogen, wie sie für Abgeordnete zum Nationalrat, Bundesrat und Landtag bereits gesetzlich effektuiert ist?
5. Stimmt es, daß sich der Präsident der Finanzlandesdirektion für Tirol bemüht, wiederum in die Dienstklasse IX zu kommen?

Wenn ja, wie ist die Haltung des Herrn Bundesministers für Finanzen bzw. des Ressorts dazu?